

Am 30. August 1975 veröffentlichte „die tat“ im Fettdruck die Enthüllung, daß im Stab der 1. Panzergrenadierbrigade in Hildesheim der Oberstleutnant Kraushaar aus

der Mörderarmee Pinochets Dienst tun werde. Die Meldung wirbelte Staub auf. Die Abgeordneten der Mehrheitspartei in der Bundesregierung faßten einen Beschluß:

Dokument Nr. 13

SPD für Konsequenzen . . .

Bonn, 17. September. Mit großer Mehrheit, bei nur einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen, hat die Bundestagsfraktion der SPD am Dienstagabend die Bundesregierung aufgefordert, zu Lehrgängen der Bundeswehr keine Offiziere mehr einzuladen, die aus Staaten kommen, in denen die Armee an Folterungen beteiligt ist. Bundesverteidigungsminister Georg Leber und Bundeskanzler Helmut Schmidt enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme . . .

Wie es aus der SPD-Bundestagsfraktion hieß, müssen auch Brasilien und Südkorea zu den Ländern gerechnet werden, in denen die Armee foltert. Ausdrücklich verweist die SPD-Fraktion in ihrer Resolution auf die Antifolter-Deklaration der UNO, wie sie am 12. September in Genf beschlossen worden war . . .

In der Fraktionssitzung machte Leber seine Auffassung deutlich, daß künftig die gesamte Bundesregierung die Verantwortung für die Einladung ausländischer Offiziere tragen müsse.

(„Frankfurter Rundschau“,
18. September 1975)

Aus diesem Bericht ergibt sich: Weder Minister Leber noch die Bundeswehr und die Bundesregierung scheren sich einen Daut um den Beschluß der sozialdemokratischen Abgeordneten. Das Foto aus der Führungsakademie der Bundeswehr in Blankensee, das „die tat“ in der vorigen Ausgabe zusammen mit den anderen Dokumenten veröffentlichte, zeigt, daß Offiziere aus den Folterarmeen Chiles, des Iran, Argentiniens, Brasiliens, Indonesiens und Südkoreas weiterhin — und nun sogar in Spitzeninstitutionen der Bundeswehr — tätig sind.

Der Bericht erklärt darüber hinaus die organisierte Schweigepolitik: Denn die „gesamte Bundesregierung, und nicht nur Herr Leber“, trägt Verantwortung für diese Verhöhnung von Menschenrecht und demokratischer Gesetzmäßigkeit.

Als Antwort auf den oben zitierten SPD-Beschluß schrieb der Oberleutnant Hans Roth seinen Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“, den „die tat“ in der vorigen Ausgabe als Dokument Nr. 4 veröffentlichte. Daraufhin meldeten sich weitere Stimmen: